

mit ihre Chance zur gleichberechtigten und vorurteilsfreien Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Heimatstaaten gefördert.

Die Unterstützung der deutschen Minderheit in Dänemark erfolgt im Einklang mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955.

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

13. Abgeordnete **Mechthild Dyckmans** (FDP)      Wie stellt sich die Bundesregierung die Zukunft des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen vor dem Hintergrund vor, dass die Digitalisierung weitgehend abgeschlossen ist und bis 2008 voraussichtlich 70 der 287 Stellen abgebaut werden sollen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Christoph Bergner  
vom 14. Dezember 2006**

Der Internationale Suchdienst Bad Arolsen (ISD) ist eine zwischenstaatliche Einrichtung unter Leitung und Verwaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf (IKRK). Seine Arbeit wird nach den völkerrechtlichen Bestimmungen der sog. Bonner Verträge vom 6. Juni 1955 überwacht von einem Internationalen Ausschuss (IA), dem 11 Staaten angehören (Deutschland, USA, Israel, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien, Polen, Griechenland).

Die federführende Vertretung Deutschland im IA hat das Auswärtige Amt inne. Das Bundesministerium des Innern vertitt dort die deutschen Haushaltsangelegenheiten (der ISD wird als institutioneller Zuwendungsempfänger aus dem BMI-Haushalt finanziert).

Der Direktor des ISD wird vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ernannt und ist ausschließlich dem IKRK für die Leitung und Verwaltung des ISD verantwortlich und handelt nach den Weisungen des IKRK. Der Direktor trifft die von ihm für erforderlich gehaltenen Entscheidungen über Einstellung, Weiterbeschäftigung oder Entlassung der Bediensteten.

Nach ersten Informationen des ISD wird die Digitalisierung der Archive und Bestände beim ISD voraussichtlich 2010 abgeschlossen sein. Er hat des Weiteren mitgeteilt, dass wegen des Aufgabenrückgangs mit einem Stellenabbau bis Ende 2008 um ca. 70 Stellen zu rechnen ist.

Ein Aufgaben- und Personalkonzept wird derzeit vom ISD erarbeitet. Dies wird ein Aufgabenschwerpunkt des neuen Direktors sein, der im Frühjahr nächsten Jahres offiziell sein Amt antritt.

Nach Vorliegen des Konzeptes zur Zukunft des ISD wird sich die Bundesregierung mit den im IA vertretenen Mitgliedstaaten und dem IKRK/ISD damit im Einzelnen auseinandersetzen, um rasche, tragfähige Lösungen zu finden. Dabei wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass das humanitäre Mandat des ISD weiter im erforderlichen Umfang erfüllt wird. Die Bundesregierung wird sich auch dafür einsetzen, dass der vom ISD vorgesehene Personalabbau in Bad Arolsen sozialverträglich erfolgt.

14. Abgeordnete  
**Mechthild  
Dyckmans**  
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung Plänen gegenüber beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen ein Besucherzentrum einzurichten, um auch nach der abgeschlossenen Digitalisierung der Datenbestände die Einsicht in Originalakten zu ermöglichen, und inwieweit sind hierfür Haushaltsmittel vorgesehen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Christoph Bergner  
vom 14. Dezember 2006**

Hierüber wird nach Vorliegen des vorgenannten Konzepts und der Erörterung in den zuständigen Gremien zu befinden sein.

15. Abgeordneter  
**Ralf  
Göbel**  
(CDU/CSU)
- Wie sind die Löhne in der Wirtschaft und im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes im Verhältnis zu den Beamtengehältern unter Berücksichtigung der Kürzung des Weihnachtsgeldes von 1998 bis 2006 gestiegen?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs  
Dr. Christoph Bergner  
vom 14. Dezember 2006**

Für die Entwicklung der Löhne in der Wirtschaft liegen belastbare Angaben gegenwärtig nur bis zum Jahr 2005 für die tarifvertraglich gebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Nach den tarifvertraglichen Entgelt-Abschlussraten (BMAS) sind die Löhne und Gehälter von 1998 bis 2005 linear um 19,4 Prozent gestiegen.

In den Jahren 1998 bis 2004 sind sowohl für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes wie auch für die Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen Anhebungen von jeweils insgesamt 13,4 Prozent erfolgt; davon sind für die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie für Soldatinnen und Soldaten 0,6 Prozentpunkte den Versorgungsrücklagen in Bund und Ländern zugeführt worden. In den Jahren 2005 und 2006 sind im Tarif- und Beamtenbereich keine allgemeinen linearen Erhöhungen vorgenommen worden. Für diese Jahre sind im Bund Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 300 Euro vorgesehen; sie entsprechen in diesen Jahren einem jährlichen Bezüge-/Entgeltvolumen von jeweils 0,9 Prozent.